

Synthetische Woche – Die Netzagentur bereitet auf den Blackout vor

geschrieben von Admin | 26. Mai 2022

Nüchtern und nachvollziehbar berechnet die Bundesnetzagentur die Situation im Stromnetz. Verschiedene Lastvarianten werden durch die Computer geschickt, vor allem für die kommenden Winter möchte man wissen, wie das System stabil bleiben kann. Das ist kompliziert und die Ergebnisse machen nachdenklich.

Täglich werden wir mit Begriffen konfrontiert, die im Ergebnis einer als alternativlos gepriesenen Energiewende verwendet werden oder durch sie erst entstanden sind. Wir greifen auch Bezeichnungen auf, die in der allgemeinen Vergrünung in den Alltagsgebrauch überzugehen drohen – in nichtalphabetischer Reihenfolge.

s wie synthetische Woche, die

Dieser Begriff bezeichnet ein Arbeitsmittel der Bundesnetzagentur (BNA). Die künstliche Woche hilft, Systemanalysen durchzuführen, nach denen wiederum Netzausbaumaßnahmen und der Umfang der benötigten Reservekraftwerke für den Winter festgelegt werden. Sie wird aus den Daten zum Kraftwerkspark, den Lasten (Verbrauch) und der Netzsituation gebildet. Danach erfolgen komplizierte Netzberechnungen, auf deren Grundlage der Netzreservebedarf festgestellt wird.

Während Politiker im mathematischen Bereich eher Malen nach Zahlen, kann man in der BNA sogar rechnen. Man weiß dort, dass bei einer Multiplikation das Produkt immer Null ist, wenn einer der Faktoren gleich Null ist. Als Beispiel sei die Windstromproduktion genannt, die bei Flaute immer gleich Null ist, völlig unabhängig davon, wie viele Anlagen in der Landschaft – oder auf See – stehen.

Zusammen mit den Netzbetreibern werden verschiedene Netznutzungsfälle (NNF) durchgerechnet, wobei diese Simulationen überaus anspruchsvoll sind und auf Berechnungen der Netzbetreiber basieren. Die wiederum bedürfen höherer Mathematik. So zum Beispiel die Anwendung komplexer Zahlen. Die sind imaginär und wechseln von der Zahlengeraden zur Zahlenebene. Sie können zum Beispiel eine Quadratzahl zu einem negativem Ergebnis bringen ($x^2 = -1$), was im Bereich der reellen Zahlen nicht möglich ist. Aus solchen Berechnungen ergeben sich auch die fundamentalen Daten für den Netzausbau, der im Netzentwicklungsplan (NEP) zugrunde gelegt wird. Die Rechnungen sind kompliziert, aber im Ergebnis treffender als jede Klimasimulation. Die Bedingungen sind konkret berechenbar, denn das Stromnetz ist im Gegensatz zur Erdatmosphäre kein chaotisches System.

Dann melden sich in der Regel Politiker, die bereits bei der Anwendung der Grundrechenarten Probleme haben, Bürgerinitiativen und Mietwissenschaftler einschlägiger Branchen, die genau zu wissen meinen, dass ein solcher Netzausbau gar nicht nötig sei. Der NEP ist allerdings im folgenden Jahr ohnehin meist Makulatur, wenn die Ausbauziele der Erneuerbaren nach oben korrigiert werden.

Für den Winter 22/23 liegt seit April der Bericht der BNA zur Feststellung der Netzreserve vor. Dazu gibt es erstaunlich wenig öffentliche Aufmerksamkeit, obwohl der Inhalt einigermaßen brisant ist.

8.264 Megawatt (MW) Kraftwerkskapazität sollen vorgehalten und bei Bedarf zusätzlich aktiviert werden. Das entspricht in etwa sechs Kernkraftwerken, praktisch stehen dafür aber nur alte, abgeschriebene und emissionsreiche Kraftwerke, vorrangig auf Basis des inzwischen umstrittenen und unsicheren Erdgases, zur Verfügung. So zum Beispiel das Kraftwerk Schongau des Papierherstellers UPM, mehr als 40 Jahre alt und zur Stilllegung angemeldet. Der Ersatzbau, eine moderne GuD-Anlage, läuft bereits seit sieben Jahren. Der Oldtimer muss aber verfügbar bleiben, denn die sicheren Reserven werden weniger und selbst wenn der Netzausbau Nord-Süd vorankommt, gibt es manchmal keinen Windstrom (Faktor Null).

Die inländischen Reserven reichen allerdings nicht mehr für die Netzreserve aus, so dass **1.424** MW aus ausländischen Kraftwerken noch vertraglich gebunden werden müssen. Es dürfte keinen Zweifel geben, dass diese dann zuverlässig zur Verfügung stehen, allerdings ergeben sich hier einige Unwägbarkeiten hinsichtlich der Kapazität der Interkonnektoren (grenzüberschreitenden Kuppelleitungen). Diese könnten bereits durch den regulären Import ausgelastet sein. Die Kosten für die Reservehaltung werden über die Netzentgelte an die Kunden durchgereicht. Sie werden steigen.

Für den Winter 23/24 stehen 5.361 MW im Bericht, diese Zahl wird aktualisiert werden müssen. In einem flexiblen, marktgerecht arbeitenden System wäre die Festlegung solcher Reserven nicht nötig, aus dem Spiel von Angebot und Nachfrage würden sich Investitionen wie auch Stilllegungen von selbst ergeben.

Keine Brücke mehr

Offenbar setzt sich inzwischen der Gedanke durch, dass es keiner Brückentechnologie wie Erdgas mehr bedarf, wenn man nur schnell genug die „Erneuerbaren“ ausbaut und sofort in die grüne Wasserstoffwelt wechselt. Das ist der Freibrief für die Ökobranchen, soviel wie möglich Solar- und Windkapazitäten zuzubauen. Hindernisse werden mit dem „Osterpaket“ weitgehend aus dem Weg geräumt. Natürlich werden die hochfliegenden Ausbau-Ziele aus dem Hause Habeck nicht erfüllt werden angesichts der Rohstoff-, Material-, Montage- und Fachkräftedefizite, aber der höchstmögliche Ausbau mit maximierter staatlich garantierter

Hilfe ist gesichert.

Abgesehen davon, dass die Öko-Vollversorgung nur unzureichend funktionieren würde, gäbe es keinerlei höhere energiepolitische Sicherheit. Über die Hälfte der Rohstoffe für Windkraftanlagen kommt aus China, bei den Seltenen Erden sind es über 90 Prozent. Die Fotovoltaik hängt auch zu über 90 Prozent vom Reich der Mitte ab, bei Paneelen wie auch deren Vorprodukten. Eine politische Eskalation, sei es um Taiwan, die neue Seidenstraße oder die Einhaltung der Menschenrechte, die zu chinesischem Exportstopp führen könnte, würde auch dieses energiepolitische grüne Wunderland wie ein Kartenhaus zusammenbrechen lassen. Die Lernfähigkeit von Politikern ist offenbar begrenzt. Nach den aktuellen Erfahrungen beim Import von Erdgas will man wiederum alle Eier in einen Korb legen. Heimische Energierohstoffe wären verfügbar, strategisch sicher und im Fall der Braunkohle unabhängig vom Weltmarkt. Sanktionen würden verpuffen. Hier wäre der Begriff der „Freiheitsenergie“ am ehesten angebracht.

Wohl noch nie, von der unmittelbaren Nachkriegszeit abgesehen, war in Deutschland in einem Sommer die energetische Sicherheit des kommenden Winters so ungewiss wie in diesem Jahr.

Die Bundesnetzagentur rechnet konkret nach ihrem besten Wissen. An ihrer Spitze steht mit Klaus Müller inzwischen ein Grüner, der weniger rechnet, sich dafür verbal am Problem des noch nicht klimagerecht geformten Menschen abarbeitet. In einem Interview bei Maischberger fragte er, ob es sinnvoll sei, zehnmal in der Woche zu duschen. Er sieht das als ein Problem der Solidarität. Was das kostet und warum das kaum einer tut, spielt für ihn bei dem üppigen Gehalt keine Rolle. Ähnlich sinnvolle Hinweise kennen wir bereits von anderen sehr auskömmlich versorgten Personen mit Politikhinter- oder -vordergrund.

Offenbar gibt es neben synthetischen Wochen auch eine ideologisch basierte synthetische Geisteshaltung, allerdings ohne Realitätsbezug.

Elektrofahrzeuge: Überall fangen sie Feuer

geschrieben von Chris Frey | 26. Mai 2022

H. Sterling Burnett

Anfang März befasste sich der Leitartikel von *Climate Change Weekly* mit

der alarmierenden Tendenz von Elektrofahrzeugen (EVs) und ihren Ladequellen, ohne Vorwarnung Feuer zu fangen. In den letzten Tagen haben auch andere Medien auf diese Neigung von Elektroautos, -motorrädern und -bussen, in Brand zu geraten, aufmerksam gemacht.

Das *Western Journal* berichtet, dass die französische Verkehrsgesellschaft Régie Autonome des Transports Parisiens alle 149 Elektrobusse ihrer Flotte aus dem Verkehr gezogen hat, nachdem zwei von ihnen im gleichen Monat während des Betriebs spontan explodiert waren. Die Brände brachen in den Batteriepacks auf den Dächern der Busse aus. Glücklicherweise konnten die Fahrer sich selbst und die Fahrgäste aus den Bussen befreien, bevor die Flammen auf den Fahrgastraum und schließlich auf die gesamten Busse übergriffen.

Einige Tage später veröffentlichte das *Western Journal* einen Bericht über eine wachsende Zahl von Fällen, in denen Akkus, die zum Aufladen von Elektroautos in den Garagen von Hausbesitzern installiert wurden, spontan in Brand gerieten und einen Schaden von Tausenden bis Hunderttausenden von Dollar an den Häusern verursachten. An einem anderen Ort entzündete sich ein batteriebetriebener Motorroller während des Aufladens spontan und setzte einen Wohnkomplex in Brand, berichtet das *Western Journal* weiter.

CNBC stellte in einem Bericht über das wachsende Phänomen fest: „Es besteht eine besondere Gefahr, wenn E-Fahrzeuge Feuer fangen, weil ihre Lithium-Ionen-Batterien besonders brennbar sind. Elektrische Fahrzeuge mit Lithium-Ionen-Batterien brennen heißer, schneller und benötigen viel mehr Wasser, um sie endgültig zu löschen. ... Und die Batterien können sich Stunden oder sogar Tage, nachdem das Feuer zunächst unter Kontrolle gebracht wurde, wieder entzünden, so dass Schrottplätze, Reparaturwerkstätten und andere gefährdet sind“, berichtet CNBC.

In Indien, wo Motorroller ein beliebtes Transport- und Liefermittel sind, gab der Geschäftsführer des indischen Herstellers Ola Electric eine offizielle Warnung heraus, dass seine Motorroller spontan in Brand geraten können. Diese Warnung ging einher mit dem Rückruf von 1.400 Motorrollern, nachdem die indische Regierung eine Untersuchung über deren Sicherheit eingeleitet hatte, nachdem die Akkus in Flammen aufgegangen waren.

Bei der Beantwortung von Fragen auf einer Veranstaltung sagte Ola-Chef Bhavish Aggarwal, die Brände seien „sehr selten und vereinzelt“. Später soll Aggarwal jedoch gesagt haben: „Wird es in Zukunft Vorkommnisse geben? Es könnte sein.“

Die indische Regierung untersucht auch mehrere spontane Brände, die von Motorrollern der Ola-Konkurrenten Okinawa und PureEV verursacht wurden.

Das sieht nicht gut aus und ist kein gutes Zeichen für die Klimaalarm-Elite, die Elektrofahrzeuge als Ersatz für Verkehrsmittel mit Verbrennungsmotoren anpreist. Wenn ein Elektrofahrzeug bei oder nach

einem Unfall Feuer fängt, ist das verständlich. Auch Autos mit Verbrennungsmotoren können in solchen Fällen Feuer fangen. Eine ganz andere Sache ist es jedoch, wenn ein Auto im Berufsverkehr, auf der Straße, in einer Garage oder an einer öffentlichen Ladestation spontan Feuer fängt.

Quellen: [Western Journal](#); [Western Journal](#); [Economic Times](#); [Climate Change Weekly](#)

Link:

<https://heartlanddailynews.com/2022/05/climate-change-weekly-435-power-operators-expect-more-outages/>, dort weiter nach unten scrollen

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Energie weg? Netzbetreiber erwarten weitere Stromausfälle

geschrieben von Chris Frey | 26. Mai 2022

H. Sterling Burnett

Das Heartland Institute hat wiederholt dargelegt, warum die vorzeitige Stilllegung wirtschaftlich rentabler Kraftwerke und deren Ersetzung durch Wind- und Solarkraftwerke unweigerlich zu höheren Gewinnen für die Versorgungsunternehmen und zu höheren Preisen für die Strom- und Steuerzahler führt. Heartland hat auch [wiederholt](#) auf die [Umweltschäden](#) hingewiesen, die durch die Umstellung von Kohle und anderen zuverlässigen Energiequellen auf industrielle erneuerbare Energien verursacht werden.

Die dritte katastrophale Folge der politisch erzwungenen und fiskalisch geförderten Umstellung von Kohle (und Kernkraft und Gas) auf industrielle Windkraft, Solarenergie und Batterien ist der Schaden, den sie den Stromnetzen der Nation und verschiedener Bundesstaaten zufügt.

Wie ich in *Climate Change Weekly 389* dargelegt habe, zeigen die Erfahrungen aus Europa, Kalifornien und, was mich am meisten erstaunt, aus meinem Heimatstaat Texas, dass die **zunehmende Ersetzung von zuverlässiger Kohle- und Atomkraft durch industrielle erneuerbare Energien das Stromnetz unzuverlässiger macht. Diese Politik wird von tugendhaften Gesetzgebern und gewinnsüchtigen Versorgungsunternehmen vorangetrieben.**

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Ein großes Stromnetz besteht aus zwei Segmenten: Grundlaststrom und Spitzenstrom. Grundlaststrom ist die Mindestmenge an Energie, die das Netz benötigt, um ordnungsgemäß zu funktionieren und gleichzeitig alle Verbraucher, die an einem normalen Tag Strom benötigen, auf Abruf zu versorgen. Damit das Netz funktioniert, muss es einen relativ konstanten Stromfluss aufweisen. Kohle, Kernkraft und zunehmend auch Erdgas haben im letzten Jahrhundert den Grundlastbedarf der Nation gedeckt. Sie arbeiten im Dauerbetrieb und werden vor Ort durch Dieselkessel unterstützt, die bei routinemäßigen Wartungsarbeiten oder Ausfällen Strom liefern.

Spitzenstrom ist der zusätzliche Strom, der benötigt wird, wenn das System mit einer ungewöhnlich hohen Nachfrage konfrontiert ist, in der Regel im Juli und August im Süden und Westen, wenn der Verbrauch von Klimaanlage zusammen mit den Sommertemperaturen in die Höhe schießt, und von Dezember bis Februar während der kalten Winter in den nördlichen Staaten. Erdgas wird in der Regel als Spitzenstromquelle genutzt, da Erdgasanlagen in großem Maßstab gebaut werden können, der Brennstoff in der Regel nach Bedarf geliefert werden kann und die Anlagen schnell ein- und ausgeschaltet werden können.

Weder Wind- noch Solarkraftwerke können als Grund- oder Spitzenlastkraftwerke eingesetzt werden. Windturbinen erzeugen nur dann Strom, wenn der Wind mit einer bestimmten Geschwindigkeit weht, und die von ihnen erzeugte Leistung schwankt ständig mit den Windböen. Solarenergie liefert nachts oder wenn die Zellen von Schnee, Eis oder Ruß bedeckt sind keinen Strom und an bewölkten Tagen und bei Gewitter weniger Strom. Außer an völlig wolkenlosen Tagen mit klarem Himmel schwankt die von den Solarzellen erzeugte Energie im Sekundentakt mit dem Durchzug der Wolken.

Ein vom Wetter abhängiges Stromversorgungssystem ist eine schlechte Wahl, aber es ist das, was einfältige Politiker in mehreren Staaten vorgeschrieben haben. Die Energieversorgungs-Unternehmen halten sich gerne daran, wenn sie die Umstellung nicht offen fördern, weil sie damit Geld verdienen: Die staatlichen Energieversorgungs-Kommissionen gewähren routinemäßig 10 Prozent oder mehr Rendite auf die Kapitalkosten für Neubauten.

Es scheint, dass auch andere endlich zur Kenntnis nehmen, welchen Schaden die vorzeitige Stilllegung von Kohlekraftwerken in den regionalen Stromnetzen anrichtet. Da in den nächsten sechs Jahren in 14 Bundesstaaten 80 Kohlekraftwerke geschlossen werden sollen, haben mehrere Medien in den letzten Wochen berichtet, dass die Netzbetreiber in diesen und anderen Bundesstaaten davor warnen, dass der Ersatz von Strom aus zuverlässiger Kohle- und Kernkraft durch Strom aus Wind- und Solaranlagen die Zuverlässigkeit der Netze gefährdet und immer häufiger zu gesteuerten und unkontrollierten längeren Stromausfällen führt.

In einem [Beitrag](#) auf Fox News sagte John Bear, CEO von MISO, dem Midcontinent Independent System Operator, zuständig für die Verwaltung des Stromnetzes in 15 US-Bundesstaaten und der kanadischen Provinz Manitoba, dass die Umstellung des Stromnetzes zu schnell vorangetrieben wird.

„Ich bin darüber besorgt“, sagte Bear dem Wall Street Journal. „Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass das Aufstellen von Solarmodulen oder Windturbinen nicht dasselbe ist wie eine Wärmequelle“.

Die Chefs des Electric Reliability Council of Texas und des California Independent System Operator (CISO) teilten Bears Bedenken.

„Wir müssen sicherstellen, dass wir über genügend neue Ressourcen verfügen und diese auch in Betrieb nehmen können, bevor wir einige dieser Anlagen stilllegen“, sagte Mark Rothleder, CEO von CISO. „Andernfalls setzen wir uns dem Risiko aus, dass wir nicht genügend Kapazitäten haben“.

Das ist bereits der Fall. Anfang Mai warnten die California Energy Commission, die Public Utilities Commission und der California Independent System Operator, dass sich die Öffentlichkeit auf Stromausfälle in diesem Sommer einstellen müsse. Wenn sich das Ungleichgewicht zwischen Energieangebot und -nachfrage in Kalifornien nicht wesentlich verbessert, wird der Staat bis 2025 „ein Kapazitätsdefizit von etwa 1.800 MW haben“, so die Behörden.

Daniel Turner, geschäftsführender Direktor von Power the Future, erklärte gegenüber Fox Business, dass die staatlichen Regulierungsbehörden alle Pläne zur vorzeitigen Schließung von Kohle- und Kernkraftwerken stoppen und die Wiederinbetriebnahme einiger bereits stillgelegter Kraftwerke in Erwägung ziehen sollten, um die prekäre Lage des amerikanischen Stromnetzes zu verbessern.

„Alle Pläne zur Stilllegung von Kernkraftwerken, Kohlekraftwerken oder Gaskraftwerken müssen vollständig ausgesetzt werden“, sagte Turner. „Viele Kohlekraftwerke und Kernkraftwerke können wieder ans Netz gehen. Sie wurden vielleicht abgeschaltet und stillgelegt, aber sie wurden nicht abgerissen.“

Sie predigen zum Chor, Herr Turner, Sie predigen zum Chor. Hoffen wir, dass die Gemeinde eine Ahnung davon bekommt.

SOURCES: [Fox Business](#); [The Pipeline](#); [Climate Change Weekly](#)

Link:

<https://heartlanddailynews.com/2022/05/climate-change-weekly-435-power-off-grid-operators-expect-more-outages/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Mega-Jacht-Besitzer Jeff Bezos spendiert zehn Milliarden Dollar zur Rettung des Klimas

geschrieben von AR Göhring | 26. Mai 2022

Sie werden Ihr Auto aufgeben und mit dem Bus fahren, Jeff Bezos wird eine größere Yacht bauen.

von Daniel Greenfield

Der Gründer und Vorstandsvorsitzende von Amazon kündigte einen zehn Milliarden Dollar schweren *Bezos Earth Fund* an. Die Milliarden wird der Eigentümer der *Washington Post* ausgeben, um den Planeten vor den Menschen zu retten.

Der *Bezos Earth Fund* ruft zu einem „großen Reset“ auf, der uns alle in eine nachhaltigere, wohlhabendere Zukunft führen solle. Der Begriff („großer Neustart“) ist sehr umstritten, nachdem er vom *Weltwirtschaftsforum* WEF übernommen wurde, und der *Bezos Earth Fund* vom WEF angepriesen wird.

In der Verlautbarung des *Bezos Earth Fund* heißt es, daß sich die Wirtschaft im Jahr 2030 dramatisch von der heutigen unterscheiden muß „und daß radikale Veränderungen erforderlich sein werden“, die etwa 40 bis 60 Umstellungen umfassen werden“.

Diese Veränderungen werden jedoch wahrscheinlich nicht beinhalten, daß Jeff Bezos seine Megajacht, die 14.-größte auf dem Planeten, aufgibt, die Berichten zufolge den Abriß der historischen *Koningshaven-Brücke* in Rotterdam erfordern könnte, nur um sie aus dem Hafen zu bekommen.

Der *Bezos Earth Fund* warnt, daß die meisten Menschen auf andere Verkehrsmittel (z. B. zu Fuß oder mit öffentlich) umsteigen müssen. Bezos wird seine Megajacht haben, Sie werden zu Fuß gehen oder mit dem Bus fahren.

Während der *Bezos Earth Fund* dazu aufruft, „den Verbrennungsmotor zu ersetzen“, wird seine 500 Millionen Dollar teure Megajacht von zwei Dieselmotoren angetrieben, die zusammen 12.000 PS leisten, um sie überall dorthin zu bewegen, wo einer der reichsten Männer der Welt hin will.

In der Zwischenzeit schlägt der *Bezos Earth Fund* vor, Satelliten zu nutzen, um die Methanverschmutzung zu identifizieren, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und Möglichkeiten aufzuzeigen, die Methanemissionen von Öl und Gas zu verwalten und zu minimieren. Es werden verwertbare Daten erstellt, die zur Durchführung von Kampagnen genutzt werden, um die Regulierung voranzutreiben und Verpflichtungen zur weltweiten Reduzierung der Methanverschmutzung zu erreichen.

Werden diese Satelliten auch die riesige Yacht ihres Chefs überwachen?

Die Amerikaner sehen sich aufgrund der Umweltpolitik der Biden-Regierung mit unmöglichen Auto- und Benzinpreisen konfrontiert. Während die Arbeiterklasse und die Mittelschicht vom Autobesitz abgeschnitten werden, fordert das Mega-Yacht-Proletariat der Welt sogar noch weitere Einschnitte.

Der *Bezos Earth Fund* behauptet, daß die Wirtschaft „dekarbonisiert“ werden müsse. Seine Megayacht aber hat eine zweite „Unterstützungsjacht“ mit einem Hubschrauberlandeplatz. Bezos meint, daß „radikale Veränderungen in der Art und Weise, wie wir unsere Welt mit Energie versorgen“, „Produkte herstellen und konsumieren“ und „unsere Lebensmittel anbauen“ notwendig sind. Die Bezos-Yacht hat einen eigenen Swimmingpool und 25 Zimmer auf drei Decks.

Alle anderen können sich darauf einstellen, in einem beengten städtischen Gulag zu leben, in dem „Wohnungen und Arbeitsplätze zusammengelegt werden“. Vielleicht können ganze Familien ein Zimmer in einem Amazon-Lagerhaus bewohnen, in dem sie nach dem Aufwachen aus dem Bett schlüpfen können, um Pakete mit maximaler Effizienz zu sortieren.

Der *Bezos Earth Fund* wird auch Geld ausgeben, um die Landwirtschaft zu zwingen, die Umweltauflagen zu erfüllen, und um Nicht-Milliardäre dazu zu bewegen, ihre Ernährung auf pflanzliche Quellen umzustellen“. Bezos hingegen genießt Berichten zufolge ein „mediterranes Tintenfischfrühstück“ mit Speck. Auch nach dem *Großen Reset* wird er essen können, was er will. Gewöhnliche Amerikaner werden Soja bekommen.

„Die Wirtschaft im Jahr 2030 muß sich dramatisch von der heutigen unterscheiden“, verordnet der *Bezos Earth Fund*.

Und im Jahr 2022 ist sie das bereits, nicht zuletzt dank Jeff Bezos.

Amazon zerstörte den Einzelhandel und vernichtete unzählige Unternehmen und Arbeitsplätze. Es hat sich zu einer Plattform entwickelt, auf der chinesische Imitationen amerikanischer Produkte über Drittanbieter schnell in dieses Land gebracht werden, was die letzten Überreste der Fertigung in diesem Land vernichten wird.

Während 200.000 amerikanische Unternehmen durch pandemische Vorschriften zerstört wurden, verdreifachten sich die Gewinne von *Amazon*. Der enorme Reichtum, der der Mittelschicht geraubt wurde, wird nun in Forderungen nach „systemweiten Transformationen“ und „Umweltgerechtigkeit“ investiert.

Vielleicht könnten sich die Mitarbeiter des *Bezos Earth Fund* eine Minute Zeit nehmen, um mit den *Amazon*-Lieferfahrern, die beim Einsturz des Lagerhauses in Illinois während eines Tornados ums Leben kamen, über „Umweltgerechtigkeit“ zu diskutieren.

Der Teil des *Bezos Fund*, der sich um „Umweltgerechtigkeit“ kümmert, verspricht, sich auf „farbige Frauen“ zu konzentrieren. Bei den Toten im *Amazon*-Lagerhaus handelt es sich um vier weiße Männer, einen schwarzen Mann und eine schwarze Frau.

Die Familie eines der Opfer, Austin McEwen, hat *Amazon* verklagt und behauptet, es habe bauliche Mängel und keine sicheren Schutzräume gegeben. Vielleicht kann der *Bezos-Fonds* von den 43 Millionen Dollar, die er für „Umweltgerechtigkeit“ für „farbige Frauen“ ausgibt, ein paar Tausend für tatsächliche Gerechtigkeit abzwiegen.

Stattdessen überweist der *Bezos Earth Fund* zwölf Millionen Dollar an das *NDN Collective*, eine linke Aktivistengruppe, die einen „indigenen grünen *New Deal*“ fordert und gleichzeitig „die weiße Vorherrschaft und koloniale Institutionen entwurzelt“.

Es geht nichts über einen der reichsten weißen Männer der Welt, der die Entwurzelung der weißen Vorherrschaft finanziert.

Nachdem der *Bezos Earth Fund* bereits so viele amerikanische Unternehmen zerstört hat, schlägt er vor, das, was noch übrig ist, aus dem Orbit heraus zu vernichten, indem er den Vorstoß zur „Beschleunigung des Fortschritts der US-Finanzaufsichtsbehörden bei der Behandlung des Klimas als systemisches Risiko“ unterstützt. Das bedeutet, daß Kohlenstoffsteuern, Kompensationen und andere Spielereien, mit denen grüne Investoren die Wirtschaft ausplündern, in das Geschäftsmodell integriert werden und alle Unternehmen gezwungen werden, die Punkte der Agenda des *Green New Deal* zu übernehmen.

Wenn Sie den Forderungen der Umweltschützer nicht nachkommen, ist Ihr Unternehmen ein „Klimarisiko“, während Spenden an Politiker oder Organisationen, die den *Green New Deal* ablehnen, als „betrügerische Falschdarstellung“ definiert werden können.

Der *Bezos Earth Fund* finanziert einen Vorstoß zur „Mobilisierung von Banken und Investoren für Netto-Null-Portfolios“, ganz zu schweigen von Versicherern. Wenn Ihr Unternehmen die Anforderungen nicht erfüllt, haben Sie Glück, wenn Sie einen Kredit oder eine Versicherung erhalten, an der Börse notiert werden oder überhaupt tätig sein dürfen.

Ob der *Green New Deal* oder andere Klimaabkommen verabschiedet werden oder nicht, sie werden von Mega-Jacht-Milliardären, Banken, Konzernen und ihren bezahlten „Graswurzel-Aktivisten“ durchgesetzt.

Das *Ceres Investor Network on Climate Risk and Sustainability*, das Bezos hier finanziert, versucht auch, die Lebensmittelproduzenten unter Druck zu setzen, damit sie ihre „Emissionen“ reduzieren. Das bedeutet höhere Kosten und weniger Lebensmittel für den Rest von uns, während Bezos mit zwei Superjachten in ein Restaurant am Meer in Miami einfahren und ein Dutzend gegrillte Austern bestellen kann, weil er so besorgt über „Emissionen“ ist.

Sind dies wirklich die Handlungen eines Mannes, der glaubt, daß die Welt untergeht, wenn wir mit unseren Autos fahren?

Abgesehen von all der Rhetorik steckt Bezos Millionen in die übliche alte Aktivistenmaschine.

Der *Bezos Earth Fund* leitete 43 Millionen Dollar an den *Climate and Clean Energy Equity Fund*. Der CCEEFF wurde von George Soros' *Democracy Alliance* gegründet. Zehn Millionen Dollar gehen an *Green for All*, das von Van Jones gegründet wurde, dessen Arbeit von Bezos gefördert wurde, und das unter anderem von Soros und der *Ford Foundation* finanziert wurde.

Weitere Millionen gehen an *Earthrise Media*, das neben dem *Sixteen Thirty Fund*, der Schwarzgeldmaschine der Linken, dem *Sierra Club*, dem *Environmental Defense Fund*, *Mothers Out Front* und einer Reihe linker Gruppen, die den *Green New Deal* befürworten, tätig ist.

Und, natürlich, das Weltwirtschaftsforum WEF.

„Sie werden nichts besitzen und glücklich sein“, so die Vision eines Videos des Weltwirtschaftsforums über den großen Reset der Welt im Jahr 2030.

Jeff Bezos trägt seinen Teil dazu bei, daß Sie nichts besitzen, während ihm glücklicherweise alles gehört.

Genau das ist Umweltfreundlichkeit. Hinter der inszenierten Krise ist das alles, was sie jemals war. Sie werden gezwungen sein, alles aufzugeben, um „den Planeten zu retten“, während die neuen feudalen Mega-Jacht-Lords noch größere Mega-Jachten bauen und die Aktivisten finanzieren werden, die von Ihnen verlangen, alles aufzugeben, was noch übrig ist.

Daniel Greenfield, ein Shillman Journalism Fellow am Freedom Center, ist ein investigativer Journalist und Autor, der sich auf radikale Politik und Terrorismus konzentriert.

Der Artikel ist zuerst im Frontpage Magazin auf Englisch erschienen.

Operation Klimawandel abwürgen

geschrieben von Chris Frey | 26. Mai 2022

[Paul H. Kupiec](#)

In einem 2020 im *Cornell Journal of Law and Public Policy* veröffentlichten [Artikel](#) beschrieb Graham Steele einen detaillierten Plan zur Nutzung der Befugnisse der Finanzaufsichtsbehörden des Bundes [der USA], um eine neue nationale Industriepolitik ohne Gesetzgebung umzusetzen. Der Plan sah vor, die Befugnisse der Finanzaufsichtsbehörden zu nutzen, um den Fluss von Krediten und Kapital an Unternehmen und Aktivitäten zu beschränken, die Treibhausgasemissionen verursachen.

Der Plan nutzt den Rat für Finanzstabilität (Financial Stability Oversight Council, FSOC), um den Klimawandel zu einem Systemrisiko zu erklären, was wiederum von den FSOC-Mitgliedern verlangt, ihre Regulierungsbefugnisse zu nutzen, um neue Vorschriften zu erlassen, um das angebliche Systemrisiko des Finanzsystems durch den Klimawandel zu mindern.

Die Vorschriften zum Klimawandel würden sich in Form von höheren Eigenkapitalanforderungen für Bankkredite an treibhausgasintensive Unternehmen und Tätigkeiten äußern. Diese höheren Kapitalanforderungen werden mit der Behauptung gerechtfertigt, dass die Faktoren des Klimawandels das künftige Kreditrisikoprofil der betreffenden Kreditnehmer erhöhen.

Steele zufolge werden die Regulierungsbehörden zur Begrenzung der Treibhausgasemissionen auch die Mindestabschläge für Sicherheiten und die Einschussanforderungen bei Kapitalmarkttransaktionen erhöhen und neue Obergrenzen für die Gesamtmenge der Treibhausgasemissionen festlegen, die von Unternehmen emittiert werden dürfen, deren Wertpapiere von Investmentfonds, Pensionsfonds, öffentlichen Investmentgesellschaften und Versicherungsgesellschaften gehalten werden. Diese Obergrenzen könnten Veräußerungen vorschreiben. Diese neuen verschärften regulatorischen Beschränkungen würden für Geschäftspartner aus bestimmten Zielbranchen gelten.

Steele schreibt:

Die Eigenkapitalvorschriften können aktualisiert werden, um die Risikogewichte auf der Grundlage des Klimarisikos zu erhöhen, um das Potenzial für kapitalintensive Verluste aufgrund von finanziellen

Klimarisiken widerzuspiegeln. Die Risikogewichte könnten für Kredite und Investitionen in klimawandelbedingte Vermögenswerte sowie für Kreditengagements in Sektoren, die für die Auswirkungen des Klimawandels anfällig sind, erhöht werden. Diese Risikogewichte würden mindestens für alle Finanzierungen in den Branchen gelten, zu denen die 100 Produzenten gehören, die 2017 für 71 Prozent der weltweiten industriellen Treibhausgasemissionen verantwortlich waren, sowie für Agrarunternehmen, die in Gebieten tätig sind, die für Abholzung anfällig sind, um die tatsächlichen Kosten und Risiken der Klimaauswirkungen dieser Investitionen besser zu berücksichtigen.

Die Zeit hat gezeigt, dass dieser Plan die eigentliche Blaupause für die Umsetzung einer wichtigen Komponente der Netto-Null-Politik der Regierung Biden ist.

Eine Kardinalregel der Finanzregulierung besagt, dass man ein Risiko nicht regulieren kann, wenn man es nicht messen kann. Die Risikomessung wird in diesem Fall von der SEC vorgenommen. Ihr Vorschlag vom März sieht vor, dass alle börsennotierten Unternehmen regelmäßig ihre nach dem [GHG-Protokoll](#) gemessenen THG-Emissionen der Bereiche 1, 2 und 3 offenlegen müssen. Die Schätzungen der Scope-1- und Scope-2-Emissionen öffentlicher Unternehmen und eventuell auch die Scope-3-Schätzungen müssen von einem geeigneten externen Beratungsunternehmen für den Klimawandel „zertifiziert“ werden. Die Vorschrift, die als Maßnahme zur Befriedigung des Informationsbedarfs einer „verwirrten“ Gemeinschaft von Anlegern im Bereich Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (ESG) vermarktet wird, konzentriert sich auf die Offenlegung von Treibhausgasemissionen und vernachlässigt andere Themen, für die sich ESG-Anleger angeblich einsetzen.

Dieser teuflisch destruktive Plan nutzt die zweideutigen Formulierungen des schlecht formulierten Dodd-Frank-Gesetzes, um die Befugnisse der Finanzaufsicht zu missbrauchen, um Unternehmen außerhalb des Finanzsektors zu schädigen, die von der derzeitigen Regierung missbilligt werden, um eine neue nationale Industriepolitik umzusetzen. Der Plan ist ein Missbrauch der Macht der Exekutive, die sich der Befugnisse der ordnungsgemäß gewählten Vertreter im Kongress bemächtigt.

Nach der Finanzkrise von 2008 wurden mit dem Dodd-Frank-Gesetz neue Finanzvorschriften geschaffen, um das „systemische Risiko“ im Finanzbereich zu mindern. Durch ein Versehen oder einen Entwurf definiert das Gesetz jedoch nie das systemische Risiko, obwohl der Begriff 39 Mal in der 849 Seiten umfassenden Gesetzgebung auftaucht.

Das Gesetz verpflichtet die Federal Reserve, neue Vorschriften zu erlassen, um das systemische Risiko großer komplexer Finanzinstitute, die im Gesetz als „systemrelevante Finanzinstitute“ bezeichnet werden, zu mindern. Es erlaubt auch, dass andere Finanzinstitute aufgrund ihrer Unternehmensstruktur, ihrer Aktivitäten oder ihrer Praktiken Quellen von Systemrisiken sein können, wenn sie vom FSOC als solche eingestuft

werden.

Da der Begriff „Systemrisiko“ nicht definiert wird, schafft das Gesetz eine Unklarheit, die der FSOC ausnutzen kann, um Institutionen, Aktivitäten oder Praktiken als Quelle von Systemrisiken zu bezeichnen – eine Bezeichnung, die die Finanzaufsichtsbehörden des Bundes dazu verpflichtet, neue Vorschriften zur Minderung des Risikos zu erlassen. Wie geplant hat die Regierung dieses Schlupfloch ausgenutzt, indem sie den FSOC zu dem Schluss kommen ließ, dass der Klimawandel „ein systemisches Risiko für den Finanzsektor“ darstellt.

Bedenken Sie, dass der Kongress der Exekutive oder den unabhängigen Finanzaufsichtsbehörden nie die Befugnis erteilt hat, Nicht-Finanzunternehmen zu regulieren. Die Systemrisiko-Bestimmungen des Dodd-Frank-Gesetzes gelten für bundesstaatlich regulierte Banken, Finanzinstitute und Finanzinstitute außerhalb des Bankensektors, die vom FSOC als „systemrelevant“ eingestuft werden. Letztere müssen Unternehmen sein, die „überwiegend im Finanzbereich tätig sind“.

Der FSOC-Bericht über das Risiko des Klimawandels argumentiert im Wesentlichen, dass die Treibhausgase ausstoßenden Unternehmen die eigentliche Quelle des systemischen Risikos sind. Diese Unternehmen sind jedoch überwiegend nicht finanzieller Natur und unterliegen daher nicht den Bestimmungen des Dodd-Frank Act. Die Regierung umgeht dieses Problem, indem sie argumentiert, dass sie die emissionsintensiven Unternehmen nicht als systemrelevant eingestuft hat, sondern stattdessen festgestellt hat, dass diese Unternehmen ein erhöhtes Kreditrisiko als Folge des so genannten „Übergangsrisikos des Klimawandels“ tragen. Das Übergangsrisiko ist ein hypothetischer Kreditrisiko-Multiplikator in Verbindung mit Treibhausgasemissionen.

Das Übergangsrisiko ist das Risiko, dass die Einnahmen oder Kosten eines Unternehmens durch künftige staatliche Maßnahmen oder Vorschriften (auch als politisches Risiko bezeichnet) oder durch eine verringerte Nachfrage infolge veränderter Verbraucherpräferenzen negativ beeinflusst werden könnten. Das zweideutige Konzept des Übergangsrisikos ist eine reine Vermutung und basiert nicht auf spezifischen historischen Erfahrungen. **Das Konzept des hypothetischen Übergangsrisikos könnte auf jedes Unternehmen angewandt werden, um ein beliebiges politisches Ziel zu rechtfertigen.**

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Stresstests für den Klimawandel sind das bevorzugte „Regulierungsinstrument“ derjenigen, die Greta Thunburgs Zorn und das hypothetische Risiko des Klimawandels fürchten. Bei diesen Stresstests zwingen die Aufsichtsbehörden die Banken dazu, die Verluste abzuschätzen, die ihnen in ferner Zukunft entstehen könnten, wenn der Klimawandel irgendwie das moderne Äquivalent der Plagen des Alten Testaments auslöst, die auf die Ägypter losgelassen wurden.

Die Fed – eine Institution, die immer wieder bewiesen hat, dass sie nicht in der Lage ist, die Inflationsrate oder das BIP-Wachstum für die nächsten drei Monate, geschweige denn für Jahre in die Zukunft vorherzusagen – muss entscheiden, wie hoch die Verluste der einzelnen Banken in diesen hypothetischen Klima-Apokalypse-Szenarien „genau“ sind. Die Fed ist auch der Richter darüber, ob die Bank in Zukunft über genügend Kapital verfügt, um diese fiktiven Verluste aufzufangen.

Die Banken können weder die Annahmen des imaginären Katastrophenszenarios der Fed noch können die Genauigkeit der bankenspezifischen Verlustschätzungen der Fed anfechten, da der Stresstest in der Praxis regelmäßig wiederholt wird und die Fed auch in der nächsten Runde die Regulierungsbehörde der Bank ist.

Wenn wir nach rechtlicher Konvention angebliche Geschwindigkeitsübertretungen nicht verurteilen, wenn die Genauigkeit der Radarmessung nicht bescheinigt wurde, wie können wir dann Banken wegen aufsichtsrechtlicher Übertretungen verurteilen, die auf Schätzungen einer von der Fed durchgeführten ökonometrischen Simulation basieren, deren Genauigkeit nicht objektiv überprüft werden kann? Der gesunde Menschenverstand legt nahe, dass solche Regeln zu willkürlicher und willkürlicher Machtausübung einladen, und in der Tat haben die Gerichte diese vernünftige Ansicht bestätigt.

Im Jahr 2014 stufte der FSOC das Unternehmen MetLife Inc. auf der Grundlage einer hypothetischen Stresstestanalyse als systemrelevantes Nichtbanken-Finanzinstitut ein. Das FSOC argumentierte, dass MetLife einen bankenähnlichen Ansturm seiner Versicherungsnehmer erleben könnte, sollten diese das Vertrauen in das Unternehmen verlieren. Dieser Ansturm könnte den Konkurs des Unternehmens auslösen und zu weitreichenden Verlusten für andere Finanzinstitute führen.

Obwohl es keine historischen Beweise dafür gab, dass ein Versicherer, der MetLife ähnlich ist, jemals eine solche Katastrophe erlebt hat, weil die Versicherungsnehmer nicht wie Bankeinleger funktionieren, bestand der FSOC darauf, dass diese Geschichte ein schlüssiger Beweis dafür sei, dass MetLife ein systemisches Risiko für den Finanzsektor darstelle. MetLife wehrte sich gegen die Einstufung unter Berufung auf das Verwaltungsverfahrensgesetz und setzte sich **erfolgreich** durch, als das Gericht die Entscheidung als willkürlich und unberechenbar einstufte.

Die Nutzung des Übergangsrisikos im Zusammenhang mit dem Klimawandel zur Verhängung außergesetzlicher regulatorischer Sanktionen gegen bestimmte Branchen und Aktivitäten wiederholt den Missbrauch der Finanzregulierungsbefugnisse durch eine frühere demokratische Regierung. In der illegalen „[Operation Choke Point](#)“ tat sich das Justizministerium der Obama-Regierung mit der FDIC unter dem Vorsitzenden Martin Gruenberg zusammen, um Banken unter Druck zu setzen, ihre Geschäfte unter anderem mit Waffengeschäften, Zahltagsskreditgebern und legalen Anbietern von Feuerwerkskörpern und Pornografie einzustellen. Begründet wurde dies

damit, dass diese Unternehmen mit hoher Wahrscheinlichkeit in Geldwäsche und andere betrügerische Aktivitäten verwickelt seien. Die Behörden argumentierten, dass eine Bank, wenn diese Aktivitäten aufgedeckt werden, einen Imageschaden erleidet, der sich negativ auf ihr Geschäft auswirken könnte, und dass sie mit behördlichen Sanktionen wegen Verstoßes gegen die Vorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche rechnen muss.

Als die Rechtmäßigkeit der Operation Choke Point vom Kongress in Frage gestellt wurde, stellte das DOJ die Operation ein. Eine Gruppe von Zahltagsskreditgebern verklagte daraufhin die FDIC mit dem [Argument](#), die FDIC habe die aufsichtsrechtlichen Leitlinien zum Reputationsrisiko rechtswidrig als Dreh- und Angelpunkt für eine Kampagne mit regulatorischem Druck in Hinterzimmern verwendet, um die Banken zu zwingen, langjährige, für beide Seiten vorteilhafte Beziehungen zu allen Zahltagsskreditgebern zu beenden. „Ein Bundesgericht in Washington lehnte den Antrag der FDIC auf Abweisung der Klage ab, und die Kläger erzielten einen Vergleich, in dem die FDIC einräumte, dass „bestimmte Mitarbeiter in Bezug auf Zahltagsskreditgeber in einer Weise gehandelt haben, die mit den Richtlinien der FDIC unvereinbar ist...“.

Wie dieser historische Missbrauch des schlecht definierten Konzepts des „Reputationsrisikos“ ist auch die Verwendung des Übergangsrisikos im Zusammenhang mit dem Klimawandel als Rechtfertigung dafür, dass Unternehmen, die an Aktivitäten beteiligt sind, die zwar legal sind, aber von der derzeitigen Regierung missbilligt werden, keine Kredite und kein Kapital mehr erhalten, ein Missbrauch von Regulierungsbefugnissen.

Mir sind drei rechtliche Möglichkeiten bekannt, die genutzt werden könnten, um neue Finanzvorschriften zum Klimawandel anzufechten, die darauf abzielen, Kredite und Kapital für Treibhausgas-intensive Unternehmen zu blockieren.

Der schnellste und einfachste Weg, um neue Regelungen zum Systemrisiko Klimawandel zu kippen, wäre die Verabschiedung einer [Missbilligungs-Resolution](#) durch den Kongress, die sich auf seine Befugnisse im Rahmen des Congressional Review Act stützt. Wenn innerhalb eines kurzen Zeitraums nach Veröffentlichung der endgültigen Verordnung 30 Senatoren eine Petition unterzeichnen, um die Missbilligung zu erwägen, ist die Debatte über den Antrag begrenzt, und die Resolution würde im Senat zur Abstimmung gestellt. Sollte die Resolution auch das Repräsentantenhaus passieren, ist die Unterschrift des Präsidenten erforderlich, um die Verordnung aufzuheben.

Sollten die Republikaner die Zwischenwahlen gewinnen, könnte der 118. Kongress ein neues Gesetz verabschieden, das alle neuen, auf Emissionen ausgerichteten Finanzvorschriften der Regierung aufhebt. Auch hier müsste das Gesetz vom Präsidenten unterzeichnet werden, bevor es in Kraft treten kann. Es liegt auf der Hand, dass beide Ansätze des Kongresses unter Präsident Biden kaum Aussicht auf Erfolg haben.

Wie MetLife gezeigt hat, kann eine FSOC-Entscheidung zum systemischen Risiko auch erfolgreich nach dem [Verwaltungsverfahrensgesetz](#) angefochten werden. Dies ist natürlich zeitaufwändig, mit erheblichen Kosten für den Kläger verbunden und setzt voraus, dass der Kläger über eine Klagebefugnis verfügt. Ich überlasse es den Experten, darüber zu diskutieren, wer in dieser Situation klageberechtigt sein könnte. Dennoch bleibt der Punkt, dass der FSOC geschlagen werden kann.

This piece originally [appeared](#) at [aier.org](#) and has been republished here with permissio

Link:

<https://cornwallalliance.org/2022/05/operation-climate-change-choke-point/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE